

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

9/XXVII/100  
29. Mai 1972

Unbestreitbare Leistungen

Weshalb die Opposition Neuwahlen scheut

Von Hans Buechler MdB  
Mitglied des Wirtschaftsausschusses des  
Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Das Rüpelspiel im "Sheraton"

Feststellungen zum Münchner CSU-Parteitag

Seite 3 / 45 Zeilen

Feinde des Fortschritts

Schärfster Kampf dem Bombenterror

Seite 4 / 38 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Polen und der Warschauer Vertrag

Seite 5 und 6 / 90 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 28  
Telex: 886 846 / 886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Unbestreitbare Leistungen

Weshalb die Opposition Neuwahlen scheut

Von Hans Buechler MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Wir erlebten in diesen Tagen und Wochen ein bislang im bundesdeutschen Parlamentarismus einmaliges Schauspiel in Bonn. Ein Schauspiel, das reich war an Tragik, das aber auch der Komik nicht entbehrte und das sich - von aller Welt aufmerksam verfolgt - dramatisch wie ein Durbridge darstellte.

Es ist hier weder die Zeit noch der Platz, die Chronologie der Ereignisse festzuhalten. Nur einige Schlaglichter sollen nochmals auf das politische Geschehen der letzten Wochen geworfen werden. Was hat sich nun wirklich in Bonn getan?

Da war 1969 die CDU/CSU von der Mehrheit der Wähler auf die Oppositionsbank verwiesen worden. Eine schlechte Zensur durch den Wähler nach zwanzigjähriger Regierungsmacht - das mußte diese Partei schmerzen. Vor allem als mehr und mehr für alle klar wurde, dass Willy Brandt nicht nur einiges versprochen hatte, sondern auch eine ganze Menge halten konnte. Ein großer Teil der in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigter Reformmassnahmen ist bereits abgeschlossen, der Rest ist in Arbeit.

Zwanzig Millionen Arbeitnehmer erhielten mehr Rechte durch das neue Betriebsverfassungsgesetz.

Millionen von Mietern werden durch das neue Mieterschutzgesetz besser geschützt und bekommen mehr Wohngeld.

Zehn Millionen Kindergartenkinder, Schüler und Studenten erhielten kostenlosen Unfallschutz.

24 Millionen Frauen und Männer können sich im Rahmen der Krebsvorsorge kostenlos untersuchen lassen.

Unsere Krankenhäuser werden künftig mit mehr Geld vom Bund gefördert.

Das Abfallbeseitigungsgesetz und andere Massnahmen packen das Umweltproblem endlich bei den Hörnern.

Kostenlose Vorsorgeuntersuchung für Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahr.

Das 624-EG-Gesetz fördert die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Vier Millionen Angestellte haben Rechtsanspruch auf einen Zuschuss des Arbeitgebers zum Krankenversicherungsbeitrag.

18jährige haben jetzt nicht nur Verantwortung für den Staat zu übernehmen (z.B. Bundeswehr), sie dürfen jetzt auch wählen.

Der deutschen Landwirtschaft wurde durch ein gezieltes Förderungsprogramm ernsthaft geholfen. Angehobene Agrarpreise und soziale Absicherung bewiesen das Verständnis der Bundesregierung für die deutsche Landwirtschaft.

Das sind nur einige Punkte herausgegriffen aus einer Vielzahl von durchgeführten Reformen, die heute schon den Bürgern dieses Landes helfen. Diese Erfolge der Regierung konnten der Opposition nicht schmecken.

Zu den zahlreichen Einzelmaßnahmen der Bundesregierung kamen als entscheidende Faktoren die Aussenpolitik und die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Zum letzten: Es war die undankbare Aufgabe von Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller Ende 1966 das lecke Wirtschaftsschiff der Bundesrepublik zu übernehmen. Er steuerte es während der Grossen Koalition aus dem Sturmtief der Rezession in ruhigere Gewässer. Trotz internationaler wirtschaftlicher Schwierigkeiten blieb der Bundesrepublik seither - entgegen den Ankündigungen der Opposition - eine wirtschaftliche Talfahrt wie zu Zeiten der CDU/CSU-Regierungen erspart.

Über das Verhalten der Opposition bei der Beratung und bei der Verabschiedung der Ostverträge zu sprechen lohnt sich heute kaum mehr. Vom erklärten "Nein" über ein bedingtes "Ja" bis hin zur Flucht in die Verantwortungslosigkeit - ganz so wie es die augenblickliche Parteitaktik empfahl.

Man muss der gesamten Opposition den Vorwurf machen, dass es ihr bei Betrachtung der Ostverträge nicht um die Sache sondern um Parteipolitik ging. Ihrem Kanzlerkandidaten Dr. Rainer Barzel ging es dabei um seine politische Existenz. Dass er dabei viel aufs Spiel setzte, ist schnell gesagt, aber nur sehr schwer zu verstehen:

Die Entspannung in Europa, die Entkrampfung der Lage in und um Berlin, den Verkehrsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Selbst Überläufer im Parlament waren der Opposition gut genug, ihre parteipolitischen Gelüste (Machtwechsel ohne Neuwahl) zu erschleichen. Sie brachte es soweit, dass von Leuten wie Mende, Zogelmann, Hupka und Helms die Zukunft der Bundesrepublik abhing.

Die Verträge sind jetzt endlich ratifiziert. Die Zeit ist nicht mehr fern, da wir im Nordostbayern die direkten Auswirkungen der Ostverträge positiv zu spüren bekommen werden.

Was uns zu denken geben muss, ist die Haltung der Opposition. Sie wollte mit Tricks und Winkelzügen an die Macht kommen, die dem Ansehen des deutschen Parlaments nicht zum Ruhme gereichen. Es ist für diese Bundesregierung das beste Zeugnis, das sie sich wünschen kann, wenn die Opposition Wahlen (und seien es Neuwahlen) scheut und deshalb versucht mit anderen Mitteln an die Macht zu kommen.

(-/ex/29.5.1972/ind)

### Das Rüpelspiel im "Sheraton"

---

#### Feststellungen zum Münchner CSU-Parteitag

Lassen wir zunächst einmal das noch vordringliche innere Problem der "Unions"-Parteien beiseite, daß der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß seinem ungeliebten CDU-Partner Dr. Rainer Candidus Barzel praktisch den "Kanzlerkandidaten"-Stuhl vor die Türe gesetzt hat. Die Tatsache dieser schweren innerparteilichen und politischen Differenzen wird sich je länger je deutlicher sowieso in aller Härte auswirken müssen, wobei es um die heute schon so allgemein erkennbar angeschlagene Position Barzels heftigste Diadochen-Kämpfe gehen wird: Nicht nur um die Kanzlerkandidatur, sondern auch um den CDU-Vorsitz.

Heute und hier interessiert und berührt das deutsche Volk vorerst das Faktum, daß der CSU-Parteitag im Münchner Luxushotel "Sheraton" unter der Regie des Parteivorsitzenden aus einer Führer-Gefolgschaft-Show zu einem Rüpelspiel sondergleichen geworden ist. Das Fernsehen hat dankenswerterweise Millionen von Bundesbürgern das schockierende Erlebnis des ungehemmt-hemdsärmeligen Auftretens eines Mannes gezeigt, der ohne jede Rücksicht auf die Folgen seines Redens und Handelns eine Untergangsstimmung produziert und schürt, um sich dann als Retter aus der Not anpreisen und die Staatsmacht an sich bringen zu können. Der Versuch des CSU-Vorsitzenden, aus der Bundesrepublik eine von Krisen und Gefahren geschüttelte Insel in einer sonst ruhigen Welt zu machen, entspricht angesichts der nackten Kenntnistatsachen über die reale Situation in dieser Welt haargenau der Charakterisierung durch Herbert Wehner: nationalistische Demagogie. Was in Baden-Württemberg mit der Wahlunterstützung der CDU durch die Rechtsaußen-NPD begonnen hatte, fand in München durch die Strauß-Agitation seine Fortsetzung. Die "Union" ist mehr und mehr ausschließlich gegen links gepolt und verschließt ihre Augen vor den Gefahren von rechts, die durch diese Einseitigkeit nur noch weiter aufgewertet und gestärkt werden.

Man wird nach München mit ungetrübter Aufmerksamkeit sehr sorgsam und peinlich genau die Entwicklung in diesem von Strauß regierten und manipulierten Rechtsteil der "Union" beobachten müssen, um nicht überrascht zu werden. Der "Sheraton"-Parteitag hat Fakten gesetzt, die überaus hilfreich sein werden bei der Beurteilung der Entwicklung jedenfalls in der CSU. Man wird sich eingestehen müssen, daß in Teilen ihrer Führung und ihrer Basis entgegen aller anderslautenden Hoffnungen keine Einsicht in die unabdingbaren Notwendigkeiten eines demokratischen Sozialstaates zu finden ist, dessen Gedeihen von der über alle Parteischranken hinweggehenden Solidarität der Demokraten abhängt. Das in Gedanken und Plänen betriebene Unterordnen dieses Staates unter parteimachtpolitische Tendenzen, wie das an diesem Wochenende wiederum in München demonstriert worden ist, kann tatsächlich zu einer ernststen Gefährdung von uns allen führen.

(ee/ee/29.5.1972/ml)

## Feinde des Fortschritts

---

### Schärfster Kampf dem Bombenterror

Der Bombenterror breitet sich wie eine Seuche aus und hält viele Millionen in Angst und Schrecken. So hat in den letzten zehn Tagen in Nordrhein-Westfalen jeder zweite Industriebetrieb eine Bombendrohung erhalten. Die Arbeit geriet ins Stocken und mußte zeitweise unterbrochen werden. Mit Bangen sieht Stuttgart dem 2. Juni entgegen, denn hier sollen, so lautet die angekündigte Absicht der Bombenattentäter, drei Bomberbestückte Autos explodieren, ein wahrhaft teuflischer Plan, der offenbart, welcher Verbrechen Fanatiker und Irregleitote fähig sind. Diese Drohungen sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, wenngleich es auch Menschen gibt, die sich damit einen Spaß machen.

Den Opfern der bisherigen Attentate gebührt unser Mitgefühl, aber sie gebührt auch den Polizisten, die in diesen Tagen ein Übermaß an Arbeit für unser aller Sicherheit leisten. Sie kennen keinen Acht-Stunden-Tag und ihre Nerven werden aufs Äußerste strapaziert. Leider findet die Polizei bei der Suche nach diesen Verbrechern nicht immer die nötige Unterstützung, weil es noch Bürger gibt, die diese Verbrecher aus falschverstandener Kammerdiecken und ihnen zu Unterschlupf verhelfen. Hier ist ein offenes Wort angebracht: Wer diese ins Kriminelle abgesunken Anarchisten, Pseudolinken und Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts schützt, sie verbirgt oder sie nicht zur Anzeige bringt, der begeht damit kein Kavaliersdelikt. Er macht sich mitschuldig an der Ausbreitung von Gewalt und Verbrechen. Hier gibt es keinen Entschuldigungsgrund.

Gewiß handelt es sich um einen kleinen Kreis, der sich um die "Rote-Armee-Fraktion (RAF)" der Baader-Meinhoff-Bande gebildet hat. Sein harter Kern besteht aus jungen, oft auch hochintelligenten Leuten, die zu allem fähig sind. Menschenleben zählen für sie nichts, sie passen nicht in ihre Wertvorstellung. Ihr verbrecherisches Wirken verstärkt den Ruf nach dem starken Mann und nach der Todesstrafe; sie erzeugen ein Klima der Angst und der Unsicherheit, von dem nur der Rechtsradikalismus zweifelhaften Nutzen trägt. Alle Demokraten sollten sich verpflichtet fühlen, mit jedem dem Gesetz zur Verfügung stehenden Mittel den Bombenterror zu bekämpfen. Die gesellschaftlichen Gegebenheiten, wie wir sie in unserem freiheitlich sozialen Rechtsstaat vorfinden, rechtfertigen in keiner Weise bei uns die Einführung lateinamerikanischer Zustände.

[ae'ee'29.5.1972/ks]

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Polen und der Warschauer Vertrag

Der Chefredakteur der Warschauer Tageszeitung "Zycie Warszawy", Ryszard Wojna, der als einer der hervorragendsten polnischen Kenner des deutsch-polnischen Verhältnisses gilt, stellte im folgenden die Position Polens zu dem jetzt von beiden Seiten ratifizierten deutsch-polnischen Vertrag dar. Wir geben den Artikel mit einigen Kürzungen im Wortlaut wieder.

"Der Staatsrat der Volksrepublik Polen hat den Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zur BRD ratifiziert. Dieser Satz würde sich - wenn man ihn in Teile zerlegen und jedes Element einer Analyse unterziehen würde - zu einem Bild von der Geschichte Polens auswachsen. Nicht umsonst ist die Einstellung Polens zur Deutschen Frage eines der Elemente des nationalen und sozialen Bewußtseins der Polen, einer der Faktoren, die sich auf den Charakter und die Form der moralisch-politischen Geschlossenheit des polnischen Volkes auswirken.

Das haben die Abgeordneten der beiden Sejm-Kommissionen zum Ausdruck gebracht, die einen Tag zuvor den Vertrag erörterten, Stellung dazu nahmen und in einem abschließenden Beschluß seine Ratifizierung empfahlen. Die Mandatsträger unseres nationalen und sozialen Willens haben sich nicht auf jene Sphäre beschränkt, die man die 'reine Politik' nennen könnte. In der bisherigen Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ist das unmöglich. Die Politik kommt hier in den konkreten Schicksalen von Menschen und Milieukreisen zum Ausdruck. So hat denn auch jeder, buchstäblich jeder Abgeordnete persönliche Angelegenheiten in seinen Diskussionsbeitrag eingewoben, Ereignisse, deren Zeuge er war, ihm bekannte Fragen aus denen er das Recht und die Pflicht hatte, Schlußfolgerungen zu ziehen und sie zu verallgemeinern, Ereignisse, aufgrund derer er seine Mahnung an zukünftige Generationen formulierte ...

Unterschiedlich waren in diesen Äußerungen die Akzente der Vergangenheit und der Zukunft verteilt. Um so beeindruckender war ihre Einmütigkeit in ihrer Haltung gegenüber dem Vertrag und dem darin zum Ausdruck kommenden Inhalt. Der Vorsitzende der Kommission für gesetzgeberische Arbeiten des Sejms der VR Polen hatte zum Abschluß der Beratungen das Recht, zu sagen, daß die einmütige Haltung der Abgeordneten ein Beweis für die Eindeutigkeit des Vertrages ist.

Die Abgeordneten brachten das zum Ausdruck, was die polnische Bevölkerung denkt und empfindet. Dabei wiederholten sich folgende gemeinsame Elemente:

- die grundsätzliche Feststellung, daß der Vertrag zwischen der VR Polen und der BRD vom Blickpunkt des Potsdamer Abkommens aus

devinitiv das Problem der völkerrechtlichen Anerkennung der bestehenden Westgrenze Polens abschließt;

- die nie erlöschende Erinnerung an die Leiden und an die Opfer des polnischen Volkes, ein Teil unseres Nationalbewußtseins und der zeitgenössischen nationalen Substanz;

- Das Andenken an diejenigen, die dazu beigetragen haben, den Sieg zu erringen und Polen seine historischen Grenzen von vor tausend Jahren zurückzugeben;

- das tiefe Empfinden gegenüber der Geschichte machenden Sowjetarmee;

- die Dankbarkeit gegenüber all jenen auf der Welt, die unseren Standpunkt unterstützt haben, u.a. auch den Auslandspolen;

- Die Feststellung, daß die gewaltigen materiellen und moralischen Verluste Polens, darunter auch der Zivilbevölkerung, nie rekompensiert worden sind, wo das möglich war;

- die Feststellung, daß die polnische Seite dem Vertrag in gutem Glauben ratifiziert und das Recht hat, zu erwarten, daß diese elementare Anforderung des Völkerrechts auch von der westdeutschen Seite erfüllt werden wird; im Widerspruch dazu bleibt die Haltung jener politischen Kräfte in der BRD, die die Auslegung des Vertrages auf eine einseitige Resolution des Bundestages stützen möchten, die in völkerrechtlicher Hinsicht keinerlei Wert besitzt;

- Inhalt und Charakter der Normalisierung hängen vom Verlauf der Normalisierungsprozesse in der Einstellung der BRD und der Bevölkerung gegenüber Polen ab.

Vollauf die historische Bedeutung des Vertrags mit der BRD würdigend, brachten die Abgeordneten die Überzeugung unserer Bevölkerung zum Ausdruck, daß das Wirksamwerden des Vertrages durch das reale Kräfteverhältnis ermöglicht worden ist, das eine wirkliche Garantie, die - wie Minister S. Olszowski sagte - 'dem polnisch-sowjetischen Bündnis, der Stärke des sozialistischen polnischen Staates und der Verteidigungskraft des Warschauer Paktes entspringt'.

Das Inkrafttreten des Vertrages, so unterstrich Abgeordneter Frelek, schließt die Angelegenheit in Übereinstimmung mit den Interessen Polens und ganz Europas ab. Bei der Erörterung des Verlaufs der Diskussion im Sejm stellte der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Abg. Krasko, bei einer Begegnung mit ausländischen Korrespondenten ganz richtig fest, daß sich die Bevölkerung der beiden Länder, Polens und der BRD, gegenseitig gratulieren sollten.

Einer der Sprecher erinnerte daran, daß wir in der deutsch-polnischen Geschichte viele gewonnene Schlachten zu verzeichnen hatten, die wir politisch verloren haben. Der Vertrag mit der BRD ist einer jener Verträge, die auch politisch die Mitwirkung Polens am Sieg über den faschistischen deutschen Staat festhalten".

(-/ex/29.5.1972/ml)